



70 Jahre NRW

1946 wurde aus den Provinzen Rheinland und Westfalen ein Land

Mit einem Festakt in der Düsseldorfer Tonhalle feierten 1.300 Gäste am Dienstagabend die Gründung des bevölkerungsreichsten Bundeslandes. Zu Gast waren u.a. Bundeskanzlerin Angela Merkel und der englische Prinz William. Die britische Besatzungsmacht hatte die Gründung des Landes am 23. August 1946 verfügt. Ein Jahr später kam auch das vorher selbstständige Lippe hinzu.

„Operation Marriage“ nannten die Briten ihren Plan zur Schaffung eines völlig neuen Bundeslandes. Was für viele vor 70 Jahren wie eine Zwangsehe gewirkt haben muss, hat sich über die Jahrzehnte bewährt. Auch der Rhein-Erft-Kreis und seine Menschen haben das Land kulturell, wirtschaftlich und politisch mitgeprägt und gestaltet. Fünf Jahre führte der Pulheimer Jürgen Rüttgers als Ministerpräsident eine schwarz-gelbe Landesregierung.

Am Wochenende findet in der Landeshauptstadt Düsseldorf das NRW Fest statt. Informationen zum Programm finden Sie hier: <https://www2.duesseldorf.de/nrwtag/nrw-fest.html>.

Nach Putschversuch in der Türkei

Türkische Innenpolitik hat nichts in NRW zu suchen

Nach diversen Ausschreitungen fragten meine Kollegin Serap Güler und ich die Landesregierung was sie gegen die Austragung innertürkischer Konflikte in Nordrhein-Westfalen unternimmt. Es bleibt bei Worthülsen des Innenministers.

Nach dem Putschversuch in der Türkei kam es auch in Nordrhein-Westfalen zu teils wütenden Protesten und Ausschreitungen gegen Gülen-Institutionen oder türkische Minderheiten. Insgesamt 14 Vorkommnisse unterschiedlicher Schwere sind aktenkundig. Link: <http://kurzlink.de/GG160824>

Auf der einen Seite werden die Vorfälle von der Landesregierung zwar verbal verurteilt, das führt aber nicht zu konkretem, praktischen Handeln. Bei allem Verständnis für die emotionale Aufgewühltheit der türkischen Community: Bedrohungen, Verfolgungen oder gar Angriffe auf Andersdenkende sind absolut inakzeptabel und nicht tolerierbar.

Unsere freiheitliche Grundordnung muss verteidigt werden. Die Mittel der türkischen Innenpolitik sind nicht unsere. Wir lehnen diese auch kategorisch ab. Gewalttätige Auseinandersetzungen müssen mit aller Konsequenz unterbunden und verfolgt werden.

Deshalb erwarten wir hier auch von der Landesregierung endlich konsequentes Handeln.

Flüchtlingsnotunterkünfte

50 Millionen Euro Personalkostenerstattung an Kommunen

Das Land Nordrhein-Westfalen hat den Kommunen im Jahr 2015 nach eigenen Angaben rund 8 Millionen Euro und 2016 bisher über 42 Millionen Euro an Personalkosten erstattet, die für den Betrieb von Flüchtlingsnotunterkünften angefallen sind.

Viele Einrichtungen können in den kommenden Monaten geschlossen werden. Aber es fehlt ein Plan, den man nach dem anfänglichen Chaos erwarten kann. Dass derzeit noch nicht geklärt ist, welche Notunterkünfte zum Jahresende auslaufen sollen, irritiert. Die Kommunen brauchen Planungssicherheit, denn die Schließung der Notunterkünfte hat Folgen beim Zuteilungsschlüssel von Flüchtlingen.

Mehr: <http://kurzlink.de/GG160819>.